

(aus der zitty 15.2.-28.2.2006)

## **Kampf gegen Klischees**

Der "Schwarze Kanal" steht im Nirgendwo an der Spree - und soll trotzdem weg

Dass sich hier jemand gestört fühlen könnte, ist schwer vorstellbar. Die Brachfläche an der Michaelkirchstraße in Mitte scheint ein ideales Gelände für die Wagenburg „Schwarzer Kanal“ zu sein: Vorne fließt die Spree, an einer Seite steht eine verfallene Nähgarnfabrik, über die Straße ein Gaswerk. Auch vom benachbarten Bürogebäude ist nur eine fensterlose Brandmauer zu sehen.

Der Office Grundstücksverwaltung, dem Besitzer jenes Bürogebäudes, ist die Wagenburg dennoch ein Dorn im Auge. Sie reichte zusammen mit dem Deutschen Architekturzentrum schon kurz nach der Ankunft der Wagen 2002 beim Oberverwaltungsgericht Berlin (OVG) Klage ein – und bekam Recht. Noch läuft die Berufung, aber bald könnte der Platz geräumt werden.

Der „Schwarze Kanal“, der seit 15 Jahren besteht, hat 20 Bewohnerinnen, die sich selbst als „TransgenderLesbenFrauen“ bezeichnen. Die Wagenburg ist Veranstaltungsort für Varieté, Konzerte und Kleinkunst mit bis zu 500 Zuschauern. Schon 2002 war das Projekt gezwungen, den Standort zu wechseln. Auf dem damaligen Gelände an der Schillingstraße wurde die Ver.di-Bundeszentrale errichtet. „Es ist ein blödes Klischee, dass Wagenburgen laute und schmutzige Nachbarn sind“, sagen Kai und Hannah, zwei der Bewohnerinnen. Zum nebenliegenden Altersheim habe man ein gutes Verhältnis. Sie können sogar ein Empfehlungsschreiben vorweisen, dass ihnen der Grundstückseigentümer, die HochTief AG, für die Suche nach einem neuen Gelände ausgestellt hat. Der Wagenburg wird „Zuverlässigkeit, Verantwortungsbewusstsein (z. B. Sauberkeit des Platzes) und Rechtsverbindlichkeit“ bescheinigt.

Den Klägern ging es auch nicht um konkrete Belästigungen, sie argumentierten, die Wagenburg an sich sei die Belästigung. Vor Gericht machten sie geltend, ihr Vorhandensein führe zu einem „Trading-Down-Effekt“, einer Entwertung der Nachbargrundstücke. Die Nachbarn seien einem „erheblichen städtebaulichen Missstand“ ausgesetzt – ein Urteil, dass auch für andere Projekte Konsequenzen haben kann.

„Die leer stehenden Bürogebäude, die nachts für ausgestorbene Straßen sorgen, sind ein Missstand für die Stadt“, sagen Kai und Hannah. Sie und die anderen Bewohnerinnen sind entschlossen, dass das Urteil nicht das Ende des „Schwarzen Kanals“ bedeutet. Sie haben Kontakt zu Politikern aufgenommen und sich auch auf die Suche nach anderen Flächen gemacht, bislang allerdings erfolglos. Probleme mit einem Umzug haben sie nicht – „schließlich haben wir ja Räder unter den Wagen“. Allerdings nur mit Alternative: „Ohne geeignetes Ersatzgelände wird es keinen friedlichen Abzug geben“. Am 16. Februar will der „Schwarze Kanal“ die öffentlichen Bezirksverordnetenversammlung Mitte besuchen und sich dort für sein Anliegen einsetzen.

(Arne Lieb)